

Konjunkturaussichten für Deutschland – heiter bis wolkig

Auch wenn sich das dritte Quartal 2005 durch eine gute wirtschaftliche Entwicklung auszeichnet, sind die Aussichten für 2006 nicht übermäßig optimistisch. Es wird wohl keinen kraftvollen Aufschwung geben. Abzuwarten bleibt, wie sich das Koalitionsprogramm, welches in den meisten der vorliegenden Prognosen noch nicht berücksichtigt ist, auf die konjunkturelle Dynamik auswirken wird.

Im dritten Quartal 2005 setzt sich die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft fort, zumal die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts kaum durch Kalendereffekte verzerrt war. Die Veränderungsrate des realen BIP beträgt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 1,3 vH. Zwar stützt sich diese Entwick-

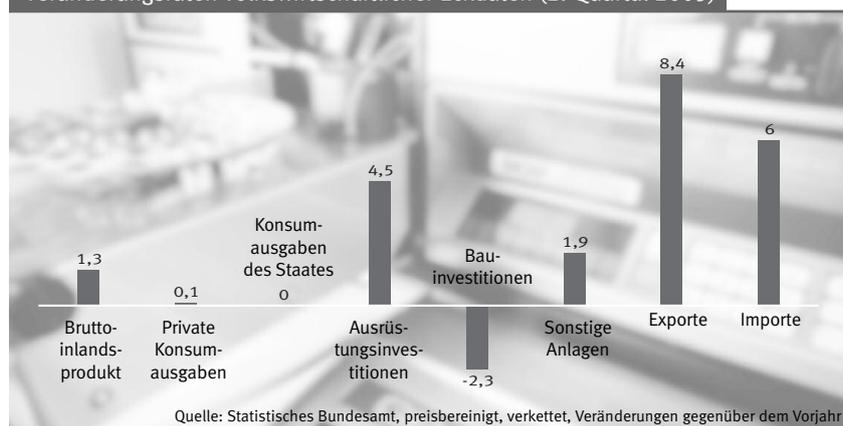
ten Ergebnis bei, obwohl ihre Entwicklung nicht mehr so ausgeprägt positiv wie im Vorquartal verlief. Die privaten Konsumausgaben und der staatliche Verbrauch weisen nahezu das gleiche Niveau wie im Vorjahresquartal auf.

Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung sind die ZEW-Konjunkturerwar-

alen BIP liegen zwischen 1,0 vH (Sachverständigenrat) und 1,8 vH (Allianz). Die in der Tabelle ausgewiesenen Prognosen der Allianz und der DEKA berücksichtigen die Beschlüsse des schwarz-roten Koalitionsvertrags bereits. Deswegen fallen die Prognosen für 2006 der Allianz und der DEKA zum privaten Konsum sowie zu den Investitionen vergleichsweise hoch aus. In den Einschätzungen zur privaten Konsumententwicklung spiegeln sich Vorzieheffekte der privaten Haushalte angesichts der geplanten Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007 wieder. Bei den Investitionen dürften sich die verbesserten Abschreibungsbedingungen stimulierend auswirken.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) schätzt die Stimmung im Unternehmenssektor aktuell sehr zuversichtlich ein und hat deshalb seine Prognose für die BIP-Veränderungsrate im Jahr 2006 auf 1,5 vH korrigiert. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat ebenfalls eine Revision

Veränderungsraten volkswirtschaftlicher Eckdaten (2. Quartal 2005)



lung noch immer hauptsächlich auf die Exporttätigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen wurden durch eine leichte Abwertung des Euro und einer Beruhigung am Ölmarkt zusätzlich zu der guten preislichen Wettbewerbsposition der deutschen Volkswirtschaft im Ausland gestützt. Aber auch die Ausrüstungsinvestitionen tragen zu dem gu-

tungen für Deutschland im November leicht um -0,7 auf ein Niveau von 38,7 Punkten gefallen. Eine weitere konjunkturelle Besserung wird von den Experten also noch erwartet, aber mit Vorsicht betrachtet.

Dafür sprechen auch die Vorhersagen für das Jahr 2006. Es scheint nur eine leichte Belebung in Sicht zu sein, die prognostizierten Veränderungsdaten des re-

IN DIESER AUSGABE

Konjunkturaussichten für Deutschland . . .	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU . . .	3
ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Novemberumfrage 2005	4
Schuldenmonitor – Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Deutschland . . .	6
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen beeinflussen den Nutzen von Bildung . . .	8
Der weite Weg zum Euro für die Länder Mittel- und Osteuropas	10
Von einer Ölpreiserhöhung zu einem dauerhaften Inflationsdruck?	12

der BIP-Prognose für das Jahr 2006 auf 1,7 vH als Reaktion auf die wirtschaftspolitischen Ankündigungen der neuen Bundesregierung bekannt gegeben.

Arbeitsmarkt

Positiv zu vermerken ist, dass in saisonbereinigter Rechnung die Anzahl der Erwerbstätigen im 3. Quartal mit einer Rate von 0,2 vH im Vergleich zum Vorquartal gestiegen ist. Im zweiten Quartal war saisonbereinigt noch ein Rückgang der Erwerbstätigkeit von 0,1 vH im Quartalsvergleich festzustellen. Nach wie vor wird die Ausweitung der Erwerbstätigkeit maßgeblich von einer Zunahme der Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) bestimmt, während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter zurückgeht, wenn auch langsamer als noch im Frühjahr 2005. Die Anzahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten (Mini-Jobs) verharrte auf dem Vorjahresniveau. Konjunkturellen Anregungen kommt noch eine untergeordnete Bedeutung auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu. Die mangelnde Reaktionsfähigkeit auf gesamtwirtschaftliche Impulse ist auch auf das institutionelle Regelwerk des deutschen Arbeitsmarktes zurückzuführen. Dies zu ändern stellt eine zentrale Herausforderung für weitere Reformmaß-

nahmen dar. Für das nächste Jahr ergeben sich zumindest keine grundlegenden Entspannungen auf dem Arbeitsmarkt, die Arbeitslosenquote dürfte nur geringfügig sinken.

Staatsfinanzen

Die Rückführung der staatlichen Verschuldung ist nicht nur in den Koalitionsverhandlungen behandelt worden, sondern spielt, einschließlich der Vorschläge zum Schließen der Haushaltslöcher, in der öffentlichen Diskussion eine große Rolle. Die Höhe des Finanzierungssaldos des Staates hängt in diesem Jahr davon ab, ob der Verkauf von Ansprüchen der Postpensionskasse als defizitwirksam erfasst wird, der sich auf 0,25 vH des BIP beläuft. Für das nächste Jahr gehen die Prognosen bezüglich des staatlichen Finanzierungssaldos relativ weit auseinander. Am oberen Ende liegt die EU-Kommission mit -3,7 vH, am unteren Ende die GD mit -3,1 vH. Die Differenzen dürften sich vor allem mit unterschiedlichen Annahmen bezüglich Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen erklären lassen. Für die tatsächliche Entwicklung bleiben die Auswirkungen des Sparprogramms der neuen Regierung abzuwarten, was dann auch die Prognosen für 2006 beeinflussen dürfte.

Finanzierungsumfeld

Da sich die Wirtschaft voraussichtlich ihrer Normalauslastung nähert, verbessert sich auch das Investitionsklima. Dies spiegelt sich in den Prognosen der Institutionen für die Bruttoanlageinvestitionen wieder. Die erwarteten Veränderungsrate für 2006 liegen deutlich über den Werten von 2005. Das Finanzierungsumfeld dürfte im nächsten Jahr für die Investitionsentwicklung weiterhin förderlich sein. Die EZB hat im Dezember die Leitzinsen angehoben. Die Zentralbank wechselt damit jedoch vorerst nur von einem expansiven auf einen eher neutralen Kurs. Das gesamte Ausmaß der geldpolitischen Reaktion wird nicht zuletzt von eventuellen Zweitrundeneffekten aus der Ölpreisentwicklung abhängen (siehe S. 12). Die EZB würde dabei auf Inflationsgefahren für den gesamten Euroraum reagieren. Für Deutschland liegt die Kerninflationsrate (ohne Tabakwaren, Energie und Saisonwaren) im 3. Quartal 2005 mit 0,8 vH deutlich unter der Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex von 2,2 vH. Für 2006 wird in der Regel eine niedrigere Inflationsrate auf der Basis des Preisindex für Lebenshaltung von den Experten prognostiziert.

*Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de
Marcus Kappler, kappler@zew.de*

Tabelle 1: Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2004, 2005 und 2006

	Statist. BA	Sachverständigenrat		Gemeinschaftsdiagnose		EU-Kommission		Commerzbank		Allianz		DEKA	
	2004	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
BIP, real	1,6	0,8	1,0	0,8	1,2	0,8	1,2	0,9	1,5	1,0	1,8	1,0	1,3
Privater Konsum	0,6	-0,3	-0,2	-0,5	-0,2	-0,1	0,3	-0,3	0,3	-0,2	0,8	-0,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	-1,6	-0,6	0,1	-0,8	0,2	-0,4	0,0	-	-	-0,3	0,2	-0,2	-0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	-0,8	1,2	-0,9	1,4	-0,5	1,6	-0,4	3,0	-	-	-1,7	1,8
Exporte	9,3	5,5	6,3	5,9	6,5	6,1	6,5	6,5	7,3	6,7	6,5	6,3	7,4
Importe	7,0	4,1	5,0	4,2	5,1	4,5	5,2	5,0	6,5	5,1	5,5	4,5	8,8
Erwerbstätige (in Tsd.)	38.868 0,4	38.917 0,1	39.091 0,4	38.940 0,2	39.185 0,6	38.985 0,3	39.180 0,5	- -	- -	38.907 0,1	39.218 0,8	38.905 0,1	39.127 0,6
Arbeitslose (in Tsd.)	4.382	4.890	4.803	4.875	4.755	-	-	-	-	-	-	4.832	4.697
Arbeitslosenquote	10,5	11,8	11,6	11,2	10,9	-	-	11,6	11,3	11,7	11,4	11,7	11,3
Preisindex der Lebenshaltung	1,6	2,0	2,0	2,1	2,0	2,0	1,6	2,0	1,0	2,0	1,6	2,0	2,1
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	-3,7	-3,5	-3,3	-3,5	-3,1	-3,9	-3,7	-3,7	-3,5	-3,7	-3,5	-	-

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr, Arbeitslosenquote des Statistischen Bundesamts gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen

Quellen: Sachverständigenrat 9.11.2005, Gemeinschaftsdiagnose 19.10.2005, EU-Kommission 17.11.2005, Commerzbank 2.12.2005, Allianz 16.11.2005, DEKA 21.11.2005

Stand: 2. Dezember 2005

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Die Schnellschätzung des europäischen Statistikamtes Eurostat für das dritte Quartal 2005 deutet auf eine deutliche Belebung der Konjunktur in der Eurozone hin. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs demnach saisonbereinigt um 0,6 vH (Vorquartal: 0,3 vH) gegenüber dem Vorquartal und erreichte damit seinen höchsten Anstieg seit Anfang 2004.

Die ersten von den nationalen Statistikämtern gemeldeten Zahlen für die Teilkomponenten lassen erwarten, dass hauptsächlich der Außenhandel, aber auch die Binnennachfrage positive Impulse geliefert haben. Die Exporte profitierten von der weiterhin robusten Weltkonjunktur sowie dem seit Jahresbeginn abwertenden Euro. Auf Seiten der Binnenkonjunktur wurde insbesondere die Investitionsnachfrage auf Grund des niedrigen Zinsniveaus und der gestiegenen Unternehmensgewinne belebt. Der private Konsum wurde dagegen in den meisten Ländern durch das hohe Energiepreisniveau gedämpft, dürfte jedoch in Frankreich bereits einen hohen Beitrag zu dem mit 0,7 vH (nach 0,1 vH im Vorquartal) überraschend starken BIP-Anstieg geleistet haben.

Nach dieser positiven Entwicklung im dritten Quartal wird von den Konjunkturbeobachtern für das Ende des Jahres mit einer weiterhin robusten, aber nicht mehr ganz so dynamischen Entwicklung gerechnet. Positive Signale gehen von den Frühindikatoren der Industrie aus, die insbesondere von der gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch den derzeit schwachen Euro profitiert, so dass verschiedene Einkaufsmanagerindizes inzwischen auf volle Auftragsbücher der Unternehmen hin deuten. Auch der Stimmungsindikator für die Industrie der Europäischen Kommission konnte seinen seit Frühjahr eingeschlagenen Aufwärtstrend im Oktober fortsetzen und liegt im Moment wieder über seinem langfristigen Mittel. Jedoch kann die Belebung durch das Exportgeschäft schnell wieder abnehmen, falls es, wie manche Experten für 2006 erwarten, wieder zu einer deutlichen Aufwertung des Euros kommen sollte.

Für den privaten Verbrauch wird dagegen wegen des Kaufkraftverlustes durch die hohen Energiepreise kurzfristig keine stärkere Erholung zu erwarten sein. Eine positivere Entwicklung wird erst für

2006 erwartet, falls die in den letzten Monaten bereits allmählich gestiegene Beschäftigung deutlicher zunimmt und sich in einem steigenden Konsumentenvertrauen niederschlägt.

Der harmonisierte Verbraucherpreisindex lag im Oktober ölpreisbedingt bei 2,5 vH und hält sich damit, wie in den Vormonaten, deutlich über dem von der Europäischen Zentralbank angestrebten Ziel von „unterhalb, jedoch nahe bei 2 vH“. Die Erreichung dieses Zieles ist damit für 2005, wie in den fünf Jahren zuvor, nicht mehr möglich; im Laufe des Jahres 2006 könnte jedoch bei abnehmendem Druck von den Ölpreisen die Inflation wieder unter 2 vH fallen.

Das wiederum verstärkte Geldmengenwachstum sowie die unerwartet positive Entwicklung der Konjunktur hat für viele Beobachter die Wahrscheinlichkeit weiterer Zinsschritte durch die Europäischen Zentralbank steigen lassen: Nach der Leitzinserhöhung im Dezember werden im Verlauf des Jahres 2006 weitere Zinsschritte um bis zu 75 Basispunkte für möglich gehalten.

*Steffen Osterloh
Marcus Kappler, kappler@zew.de*

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
BIP, real	1,3	1,8	0,2	1,0	3,4	3,1	1,3	1,8	1,7	1,8	5,7	5,0
Privater Verbrauch	1,1	1,2	1,1	1,2	4,6	4,2	1,2	1,4	1,4	1,7	5,5	5,8
Investitionen	1,0	2,3	-0,2	1,9	7,6	5,6	5,2	3,3	0,4	2,4	5,2	3,4
Exporte	3,6	5,6	-0,6	3,0	1,3	3,2	0,8	4,1	4,2	5,2	4,8	4,8
Importe	4,2	5,5	2,1	3,4	7,3	7,7	1,6	4,2	1,7	4,1	5,3	4,7
Verbraucherpreise	2,2	2,1	2,1	2,0	3,4	2,9	2,9	2,4	2,4	2,1	2,3	2,5
Arbeitslosenquote	8,7	8,5	7,7	7,6	9,2	8,5	8,0	7,9	5,0	5,0	4,3	4,4
Beschäftigung	0,9	1,0	0,5	0,6	3,0	2,4	0,7	0,6	0,4	0,6	3,8	2,2

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		GB	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
BIP, real	0,5	2,5	1,4	1,7	1,7	4,1	0,4	0,8	3,5	3,2	1,7	2,3
Privater Verbrauch	-0,75	-2,25	1,9	1,9	2,8	2,7	2,2	1,0	3,8	3,1	1,8	1,8
Investitionen	0,25	8,25	2,6	2,4	2,5	5,0	-2,4	0,3	-1,3	3,6	3,0	4,1
Exporte	4,0	7,0	2,1	4,4	3,4	6,8	0,9	4,7	4,5	5,4	4,3	5,5
Importe	3,5	7,25	5,4	6,1	5,0	4,0	1,7	3,0	-0,3	4,2	4,4	4,9
Verbraucherpreise	1,5	1,0	1,8	1,8	1,0	1,6	2,2	2,7	3,6	3,2	2,3	2,6
Arbeitslosenquote	5,1	4,9	9,6	9,3	8,4	7,8	7,4	7,7	10,4	10,0	4,6	4,9
Beschäftigung	-0,6	0,5	0,1	0,5	1,3	0,7	0,1	0,2	1,2	1,3	0,6	0,4

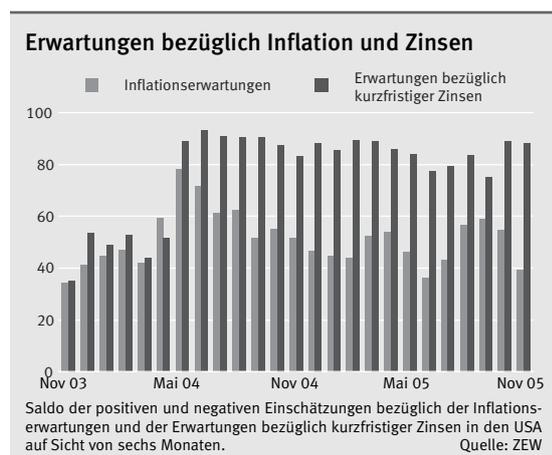
Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel. EWU: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2005. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: BBVA, Bilbao. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: ETLA, Helsinki. Frankreich: COE, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: Confindustria, Rom. Portugal: Europäische Kommission, Brüssel. Griechenland: National Bank of Greece, Athen. GB: NIESR, London.
Stand: 25.11.05

ZEW-FINANZMARKTTEST

Ergebnisse der Novemberumfrage 2005

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger internatio-

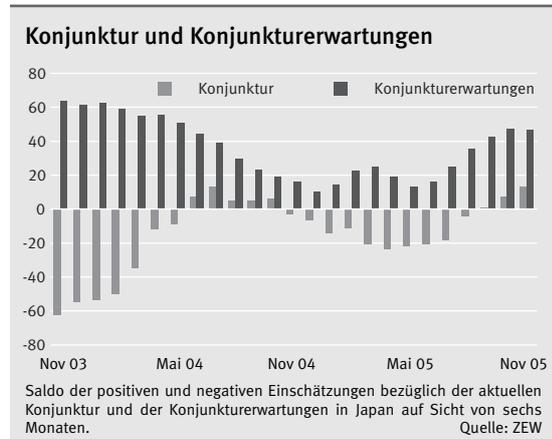
ner Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 31.10.05 – 14.11.05 werden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 18.11.05) veröffentlicht.



USA: Kontinuität in der Zinspolitik erwartet

Die Einschätzungen für die USA sind in diesem Monat wieder von mehr Optimismus geprägt. So legt der Saldo der Konjunkturerwartungen um 1,6 Punkte auf -16,1 Zähler zu. Dies zeigt, dass sich die durch die Wirbelsturmschäden ausgelöste Beunruhigung inzwischen gelegt hat. Auch die Lage am Ölmarkt hat sich wieder beruhigt und lässt hoffen, dass die vergangenen Höchststände auf Einmaleffekte aufgrund der Naturkatastrophen zurückzuführen sind und nicht langfristig auf diesem hohen Niveau verharren werden. Im Zuge dieser Einschätzung gehen die Inflationserwartungen deutlich um 15,5 Punkte zurück. Bei der Geldpolitik jedenfalls wird auch unter dem zukünftigen Notenbankchef Ben Bernanke Kontinuität erwartet. Die Experten gehen unverändert von einer graduellen Fortsetzung der Zinserhöhungspolitik aus.

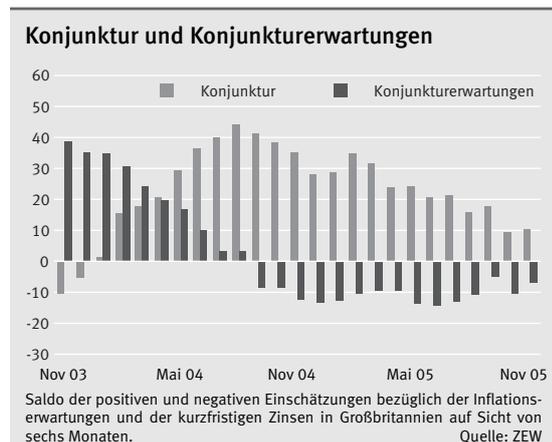
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



Japan: Konjunkturerholung setzt sich fort

Die Einschätzung der befragten Experten hinsichtlich der aktuellen Situation der japanischen Volkswirtschaft hat sich in diesem Monat ein weiteres Mal verbessert. Der entsprechende Indikator steigt von 7,5 auf 13,2 Punkte. Vorausschätzungen zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Quartal zum vierten Mal in Folge gewachsen. Damit ist der aktuelle Aufschwung wesentlich stärker als frühere Anzeichen einer Erholung, wie sie 1993 und 1996 zu verzeichnen waren. Daneben entwickelt sich die inländische Nachfrage zunehmend zu einer wichtigen und verlässlichen Absatzkomponente. Im Einklang mit dieser Diagnose sind die Experten positiv für die Zukunft gestimmt: knapp 50 Prozent erwarten ein unverändert hohes Wachstum in den nächsten sechs Monaten. 48,4 Prozent gehen sogar von einem höheren Wachstum aus.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



Großbritannien: Konstanz der Erwartungen

Die befragten Finanzmarktexperten verändern ihre Einschätzung der aktuellen Situation gegenwärtig kaum. Der entsprechende Indikator steigt um nur 1,1 Punkte auf 10,5 Zähler. Nach dem Rückgang des Indikators im letzten Monat ist dies jedoch positiv zu bewerten. Der leichte Anstieg des Indikators kann auf die aktuelle Erholung des privaten Verbrauchs zurückzuführen sein, dessen Wachstum sich seit Mitte 2004 verlangsamt, im letzten Monat aber wieder erholt hat. Für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts innerhalb der nächsten sechs Monate sieht eine große Mehrheit von 72,4 Prozent der Experten keine einschneidende Veränderung im Vergleich zur aktuellen Situation. Optimistisch sind die Experten vor allem hinsichtlich des Preisdrucks in Großbritannien, der sich ihrer Ansicht nach wieder reduzieren dürfte.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

Aufschwung setzt sich fort

Die Dienstleister der Informationsgesellschaft haben im dritten Quartal 2005 an die gute konjunkturelle Entwicklung des Vorquartals angeknüpft und ihre Geschäftsaktivitäten weiter ausgebaut. Dies zeigt der deutliche Anstieg des ZEW-IDI. Dieser Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft steigt im dritten Quartal 2005 um 9,4 Punkte auf einen Wert von 72 und erreicht damit seinen bisherigen Höchststand. Anders als in den vorangegangenen Quartalen hat die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage im dritten Quartal 2005 großen Anteil an dem deutlichen Zuwachs des ZEW-IDI. Der Teilindikator, der die aktuelle Geschäftslage widerspiegelt, legt im dritten Quartal um 11,6 Punkte zu und erreicht einen Wert von 69,0. Der Teilindikator, der die Geschäftserwartungen der Unternehmen für das vierte Quartal 2005 zum Ausdruck bringt, steigt um 8,8 Punkte auf einen Wert von 75,2.

Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im September und Oktober 2005 durchgeführt hat. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.000 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister

der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Der starke Anstieg des ZEW-IDI ist vor allem durch die dynamische konjunkturelle Entwicklung bei den Telekommunikationsdienstleistern bedingt. Der Großteil der Unternehmen in dieser Branche berichtet im dritten Quartal 2005, dass die Umsätze im Vergleich zum zweiten Quartal 2005 gestiegen sind. Die meisten Telekommunikationsdienstleister sind auch zuversichtlich, dass Umsatz und Nachfrage im vierten Quartal weiter steigen werden.

Bereits in den vorangegangenen drei Quartalen wiesen die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer den höchsten Saldo aus positiver und negativer Umsatzentwicklung auf. Auch im dritten Quartal 2005 berichten wieder mehr als 60 vH der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, dass ihre Umsätze im Vergleich zum Vorquartal zugenommen haben.

In der Branche EDV-Dienstleistungen und -Vermietung hat die konjunkturelle Erholung, die sich bereits im zweiten

Quartal 2005 angedeutet hatte, im dritten Quartal 2005 endgültig eingesetzt. Der Saldo aus positiver und negativer Umsatzentwicklung beträgt in dieser Branche mehr als 40 vH, der Saldo aus positiver und negativer Nachfrageentwicklung mehr als 35 vH. Die gute Geschäftsentwicklung schlägt sich bei mehr als 40 vH der EDV-Dienstleister und -Vermieter auch in höheren Erträgen nieder.

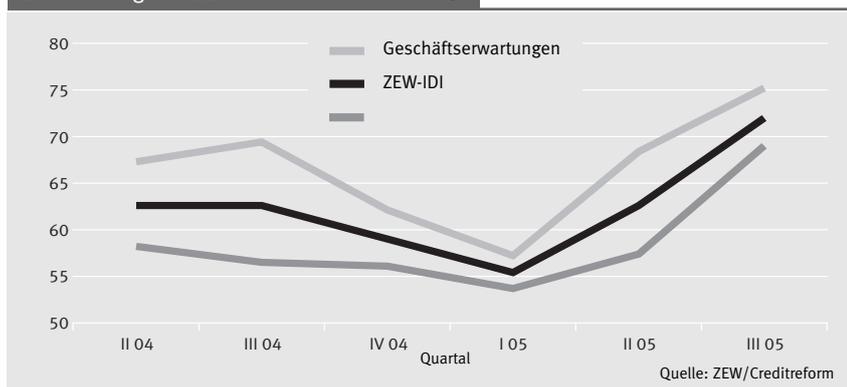
Das konjunkturelle Schlusslicht im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft bildet im dritten Quartal 2005 die Werbebranche. Per Saldo überwiegt aber auch bei den Werbeagenturen der Anteil der Unternehmen, deren Umsatz im Vergleich zum Vorquartal gestiegen ist. Des Weiteren zeichnet sich diese Branche im dritten Quartal 2005 durch ihren Optimismus für das Schlussquartal 2005 aus. Mehr als die Hälfte der Werbeagenturen rechnet im vierten Quartal 2005 mit einer Belebung der Nachfrage und damit, dass sich dies positiv auf Umsatz und Ertrag auswirken wird.

Lage am Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktlage hat sich im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft trotz der insgesamt guten konjunkturellen Entwicklung auch im dritten Quartal 2005 nicht gebessert. Per Saldo haben die Unternehmen ihren Personalbestand weiter verringert. Auch die Erwartungen für das vierte Quartal 2005 deuten auf einen weiteren Beschäftigungsrückgang im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft hin. Nur bei den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern sowie den Unternehmensberatern hat die gute Geschäftsentwicklung bereits das zweite Quartal in Folge dazu geführt, dass der Anteil der Unternehmen, die in diesen Branchen Personal eingestellt haben, deutlich größer ist als der Anteil der Unternehmen, die Personal abgebaut haben.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

Entwicklung des ZEW-IDI von II 04 bis III 05



Schuldenmonitor: Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Deutschland

Die Problematik der öffentlichen Verschuldung in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verschärft. Im Zuge der Wiedervereinigung ist der öffentliche Schuldenstand stark gestiegen, und die laufenden Defizite übersteigen seit Jahren die Budgetregeln des Vertrags von Maastricht. Dies führt dazu, dass ein stetig wachsender Anteil der Steuereinnahmen in den öffentlichen Haushalten für den Schuldendienst aufgewendet werden muss. So betrug die Zins-Steuer-Quote des Bundes im Jahr 2004 19,4 vH. Hinzu kommt, dass die zu erwartende demographische Entwicklung langfristig zu einem deutlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben, beispielsweise im Bereich der Alterssicherungssysteme, führen wird. Der finanzpolitische Handlungsspielraum wird dadurch auf allen staatlichen Ebenen in zunehmendem Maße eingeschränkt. Der ZEW/Bertelsmann Schuldenmonitor greift diese Problematik im Rahmen einer langfristigen Tragfähigkeitsanalyse der öffentlichen Haushalte auf.

Im Rahmen des Schuldenmonitors wurden sowohl für den Bund als auch für die einzelnen Bundesländer Tragfähigkeitslücken berechnet, die angeben um wie viel Prozent das jährliche Ausgabenniveau gesenkt werden müsste, um die Verschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) innerhalb eines bestimmten Zeitraums konstant zu halten. Dazu wurde auf das bekannte OECD-Konzept der *Fiscal Sustainability* zurückgegriffen (s. Kasten).

Umsetzung und Ergebnisse der Tragfähigkeitsanalyse

Die Analyse des Schuldenmonitors untersucht drei verschiedene Zeiträume. Zunächst wurde in Anlehnung an die Finanzplanung der öffentlichen Haushalte ein kurzfristiger Zeitraum bis 2008 betrachtet. Ein weiterer Indikator, der den Zeitraum bis 2020 beleuchtet, wurde herangezogen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass das „Solidarpaktfortführungsgesetz“, das den bundesstaatlichen

Finanzausgleich sowie die Bundesergänzungszuweisungen regelt, zeitlich befristet ist und im Jahre 2019 ausläuft. Im Hinblick auf den demographischen Wandel erschien zudem eine langfristige Betrachtung bis 2050 sinnvoll, wobei sich dieser Artikel auf die beiden erstgenannten Zeiträume beschränkt.

Entsprechend der oben beschriebenen Konzeption mussten für den Zeitraum bis 2020 Annahmen über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung sowie die wirtschaftliche Entwicklung getroffen werden. Die Annahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung können der Tabelle 1 entnommen werden. Die Inflationsrate und der Zinssatz sind über den Betrachtungszeitraum bundeseinheitlich. Den Produktivitäten liegt eine Konvergenz in der Entwicklung zwischen den neuen und den alten Bundesländern (inklusive Berlin) zugrunde. Diese wachsen in den neuen Bundesländern im Zeitraum bis 2020 annahmegemäß jährlich um 2,25 vH. Dagegen wurden in den alten Bundesländern jährliche Produktivitätswachstumsraten

Konzeption der Tragfähigkeitsanalyse

Beim Konzept der *Fiscal Sustainability* handelt es sich um eine auf die Wirtschaftskraft bezogene Analyse, da sämtliche Größen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt bezogen werden. Ausgangspunkt ist die intertemporale Budgetrestriktion des Staates

$$\rho_{t+T} b_{t+T} + \sum_{s=0}^T \rho_{t+s} p_{t+s} = b_{t-1}, \quad (1)$$

die besagt, dass der Barwert der Primärüberschussquoten p_{t+s} und des Endbestandes der auf die Wirtschaftskraft bezogenen Schulden b_{t+T} gerade dem Anfangsbestand der Schulden b_{t-1} zuzüglich laufendem Zinsaufwand entspricht. Die Diskontfaktoren ρ_{t+T} werden dabei auf Basis wachstumsbereinigter Zinssätze berechnet. Vereinfachend wird angenommen, dass die Primärüberschussquoten bestimmt sind durch eine Steuer- und Einnahmenquote τ_{t+s} , eine Quote der Ausgaben für Güter und Dienstleistungen g_{t+s} und durch eine Quote von Ausgabeverpflichtungen h_{t+s} :

$$p_{t+s} = \tau_{t+s} - g_{t+s} - h_{t+s}. \quad (2)$$

Über die Ausgabeverpflichtungen h_{t+s} werden explizit demographisch bedingte Ausgabenposten berücksichtigt. Zu nennen wären hier Ausgaben im Rahmen der Alterssicherungssysteme und des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.

Im Rahmen des Schuldenmonitors wird für einen konkreten Zeithorizont die Forderung aufgestellt, dass der auf die Wirtschaftskraft bezogene Endbestand der Verschuldung b_{t+T} dem Anfangsbestand b_{t-1} entsprechen soll:

$$b_{t+T} \stackrel{!}{=} b_{t-1}. \quad (3)$$

Durch Einsetzen von (2) und (3) in (1) erhält man nach Umformung die Gleichung für die tragfähige Ausgabenquote

$$g^* = \frac{\sum_{s=0}^T \rho_{t+s} (\tau_{t+s} - h_{t+s})}{\sum_{s=0}^T \rho_{t+s}} - b_{t-1} \frac{1 - \rho_{t+T}}{\sum_{s=0}^T \rho_{t+s}}.$$

In einfachen Worten ausgedrückt muss der Barwert der Überschüsse in dem laufenden Jahr und in den zukünftigen Haushaltsjahren ausreichen, um die Schuld zu verzinsen und ohne neue Schulden aufzunehmen. Die tragfähige Ausgabenquote g^* erfüllt diese Bedingung, so dass die Differenz zwischen der tatsächlichen und der tragfähigen Ausgabenquote, die Tragfähigkeitslücke, in einer Gebietskörperschaft ein Maß für die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik darstellt. Der jährliche Konsolidierungsbedarf KB ergibt sich dann wie folgt:

$$KB \equiv \frac{g_t - g^*}{(g_t + h_t)}.$$

Die Tragfähigkeitslücke wird zur Berechnung des Konsolidierungsbedarfs in Relation zu den Primärausgaben (= bereinigte Ausgaben ohne Zinsausgaben) gesetzt. Ein Konsolidierungsbedarf in Höhe von 5 vH bedeutet dann, dass der Zeitpfad der Primärausgaben dauerhaft um 5 vH gesenkt werden müsste, um die Verschuldung gemessen an der Wirtschaftskraft konstant zu halten.

in Höhe von 1,75 vH angenommen. Die Abschätzung der Erwerbstätigenveränderungsrate basiert auf der aktuellsten länderspezifischen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts.

Die Einnahmen- und Ausgabenquoten wurden auf Basis der angenommenen wirtschaftlichen Entwicklung fortgeschrieben, wobei bei den Empfängerländern einnahmeseitig zukünftige Entwicklungen im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs (FAG) Berücksichtigung fanden. Dazu wurden umfangreiche Simulationen des Finanzaus-

gestellte Haushaltskrise trotz hoher Sanierungshilfen nicht überwinden konnte. Auch das Land Berlin bemüht sich derzeit, Ansprüche auf bundesstaatliche Zuweisungen durchzusetzen. Bemerkenswert ist außerdem die Tatsache, dass der Bundeshaushalt mit einem Konsolidierungsbedarf von 7,9 vH einen Wert aufweist, der deutlich unter dem Durchschnitt der Bundesländer liegt.

Im Hinblick auf das Auslaufen des Solidarpakts II, der bis 2019 die Leistungen des Bundes an die ostdeutschen Bundesländer in Form von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und überproportionalen Leistungen regelt, wurden die Tragfähigkeitslücken auch für den Zeitraum bis 2020 ermittelt. Der Übergang auf den längeren Betrachtungszeitraum führt vor allem in den neuen Bundesländern zu einem deutlichen Anstieg der jährlichen Konsolidierungserfordernisse.

Neben der Degression der Solidarpakt II-Mittel spiegeln sich hier zwei weitere Entwicklungen wider. Zum einen ist in den neuen Bundesländern aufgrund der Verbeamtungspraxis nach der Wiedervereinigung mit einem deutlichen Anstieg der Versorgungsausgaben zu rechnen. Darüber hinaus gehen aktuelle Bevölkerungsprognosen davon aus, dass die anhaltende Binnenmigration weiterhin zu erheblichen Bevölkerungsverlusten mit entsprechend negativen Auswir-

kungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland führen wird.

Für den Bundeshaushalt ergibt sich dagegen durch das Auslaufen der Zuweisungen im Rahmen des Solidarpakts II langfristig eine deutliche Entlastung, die sich im Zeitraum bis 2020 in einem verringerten Konsolidierungsbedarf von 4,1 vH der Ausgaben ausdrückt.

Zusammenfassung

Die Ergebnisse des Schuldenmonitors offenbaren erhebliche Tragfähigkeitsprobleme in den öffentlichen Haushalten in Deutschland. Vor allem die neuen Bundesländer aber auch die Stadtstaaten Bremen und Berlin weisen einen erheblichen finanzpolitischen Konsolidierungsbedarf auf. Um mittel- und langfristig wieder finanzpolitische Handlungsspielräume, etwa für die Finanzierung zukunftsorientierter Ausgaben zur Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung in Deutschland, zu schaffen, bedarf es erheblicher Konsolidierungsanstrengungen auf allen staatlichen Ebenen. Eine Sensitivitätsanalyse bezüglich der Produktivitätsannahmen deutet zudem darauf hin, dass höheres Wachstum in Zukunft nur dann einen nennenswerten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten kann, wenn die Ausgaben nicht im Gleichklang mit dem Sozialprodukt zulegen. Nur ein unterproportionaler Anstieg der Staatsausgaben würde eine signifikante Verringerung der Tragfähigkeitslücken ermöglichen.

*Sebastian Hauptmeier,
hauptmeier@zew.de*

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Annahmen des Schuldenmonitors

	2003	2005-10 ¹⁾	2011-20 ¹⁾
Produktivität (1)		1.88	1.89
Inflation (2)		1.40	1.50
Bevölkerung		0.06	-0.03
Erwerbstätigkeit (3)		0.07	-0.52
nom. BIP =(1) + (2) + (3)	0.89	3.35	2.87
Zinssatz	5.66	5.66	5.66

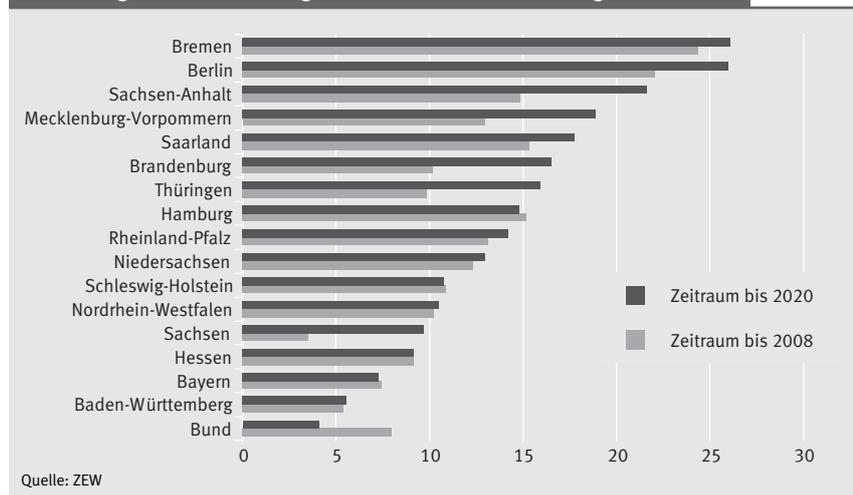
1) durchschnittliche Veränderungsrate

gleichs durchgeführt, um so den Einfluss der demographischen Entwicklung auf das Transfervolumen abzuschätzen.

Ein spezielles Augenmerk lag auf der zukünftigen Entwicklung der Ausgabeverpflichtungen. Einbezogen wurden die Rentenversicherungsleistungen und Versorgungsausgaben des Bundes und der Länder, wobei hier aktuelle Studien und Regierungsberichte die Grundlage bildeten. Die Ausgabeverpflichtungen des Bundes und der Geberländer im Rahmen des FAG wurden ebenfalls auf Basis von Simulationsrechnungen kalkuliert. Die gesetzlich geregelten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sowie die überproportionalen Leistungen des Bundes an die neuen Bundesländer fanden ebenfalls Berücksichtigung.

Die Ergebnisse der Tragfähigkeitsanalyse können der Grafik 1 entnommen werden. Bereits im Finanzplanungszeitraum bis 2008 ergeben sich in der Mehrzahl der Länder Tragfähigkeitslücken von über 10 vH der Ausgaben (ohne Zinsausgaben). In den Stadtstaaten Berlin und Bremen müssten die Ausgaben sogar um mehr als 20 vH gekürzt werden, um die Schuldenquote konstant zu halten. Hier zeigt sich, dass Bremen seine 1992 vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) fest-

Abbildung 1: Konsolidierungsbedarf in vH der Primärausgaben 2003



Quelle: ZEW

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen beeinflussen den Nutzen von Bildung

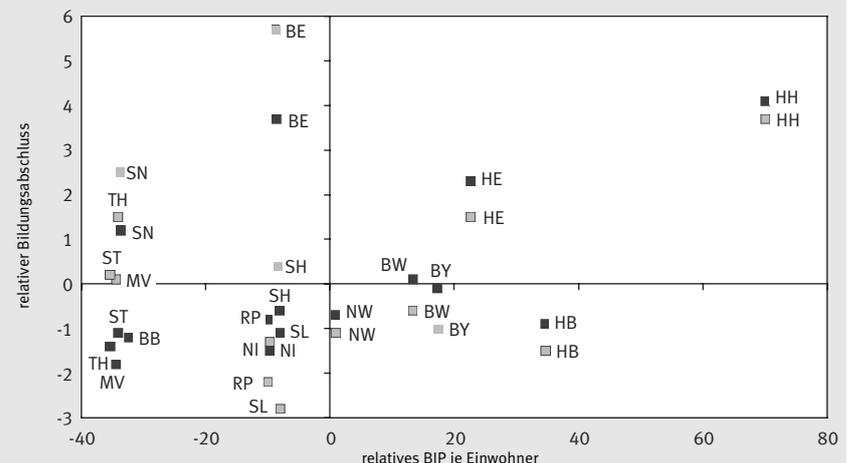
In einer aktuellen ZEW-Studie wird im Rahmen eines Vergleichs zwischen den deutschen Bundesländern gezeigt, dass eine höhere Bildung in wirtschaftlich schwachen Regionen hauptsächlich die individuelle Beschäftigungschance erhöht. In Regionen mit hohem Bruttoinlandsprodukt wirkt sich höhere Bildung hingegen hauptsächlich positiv auf den Lohn aus. Für den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland ist es deshalb bedenklich, dass das durchschnittliche Bildungsniveau der Bevölkerung seit Jahren stagniert.

Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die Autonomie der Bundesländer in der Bildungspolitik gestärkt. Es wird somit in Zukunft von noch größerer Bedeutung sein, für welche Bildungspolitik sich die Bundesländer entscheiden. Die größere Bildungsautonomie und insbesondere der weitgehende Rückzug des Bundes aus der Hochschulfinanzierung könnten zudem dazu führen, dass der in den einzelnen Bundesländern erreichte Bildungsstand noch weiter auseinander driftet. Schließlich sind die reicheren Bundesländer eher in der Lage, die hohen Bildungsausgaben zu schultern.

Die Bundesländer gaben im Jahr 2000 im Durchschnitt 4.600 Euro für jeden Schüler in weiterführenden Schulen aus, während ein durchschnittlicher Student an einer Hochschule pro Jahr gut 13.600 Euro kostet. In Ostdeutschland sind die Pro-Kopf Ausgaben für Hochschüler höher als in Westdeutschland, während für weiterführende Schulen das Gegenteil der Fall ist.

Dieser Beitrag untersucht, wie sich ein wichtiger Indikator für die Bildungspolitik – die durchschnittliche Anzahl der Ausbildungsjahre – in den einzelnen Bundesländern entwickelt hat. Zudem wird gezeigt, welche Auswirkungen Bildung auf die individuellen Löhne und Beschäftigungschancen der Bevölkerung in den Regionen hat. Die präsentierten Ergebnisse basieren auf einem aktuellen Gutachten des Zentrums für Euro-

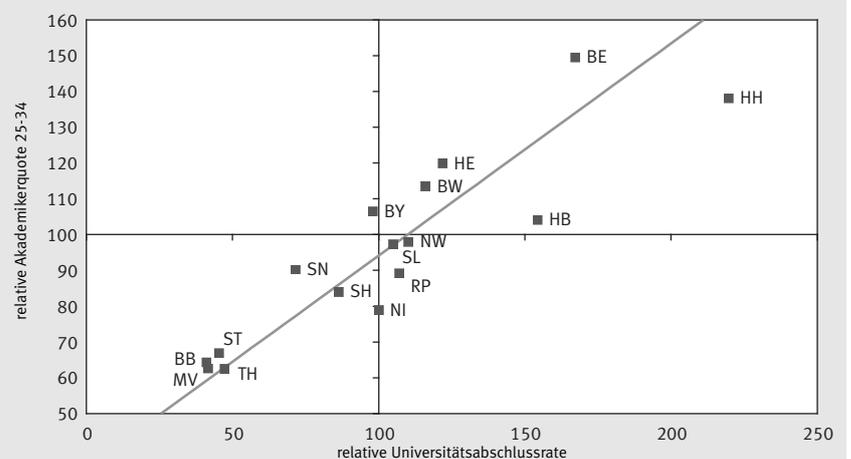
Grafik 1: Bildungsabschlüsse und regionales BIP je Einwohner, 2000



Lesehilfe: Das schwarze Kästchen stellt das durchschnittliche Bildungsniveau der Bevölkerung zwischen 25 und 34 Jahren dar, das graue Kästchen das durchschnittliche Bildungsniveau der Bevölkerung über 25 Jahren. Falls das schwarze Kästchen oberhalb des grauen liegt, hat die jüngere Kohorte ein höheres Ausbildungs-niveau.

Schlüssel: BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, BE = Berlin, BB = Brandenburg, HB = Bremen, HH = Hamburg, HE = Hessen, NI = Niedersachsen, MV = Mecklenburg-Vorpommern, NW = Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SL = Saarland, SN = Sachsen, ST = Sachsen-Anhalt, SH = Schleswig-Holstein, TH = Thüringen.

Grafik 2: Ausbildungs- und Arbeitsort von Akademikern



Lesehilfe: In Hessen (HE) liegt die relative Akademikerquote der 25 bis 34-jährigen oberhalb der Regressionsgeraden, d.h. es gibt mehr Akademiker, als es die Universitätsabschlussrate erwarten lassen würde und daher einen Zuzug von jungen Akademikern aus anderen Bundesländern.

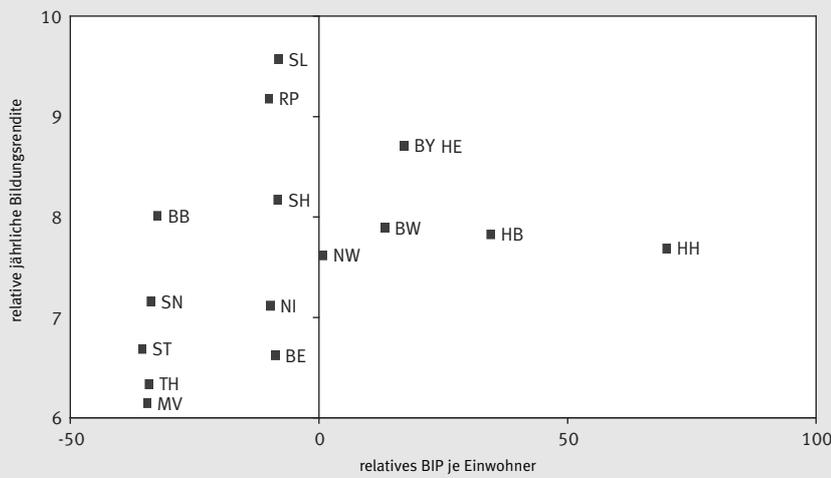
päische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag des Ausschusses der Regionen, einer politischen Vertretung der Regionen auf EU-Ebene.

Wirtschaftskraft und Bildungsniveau

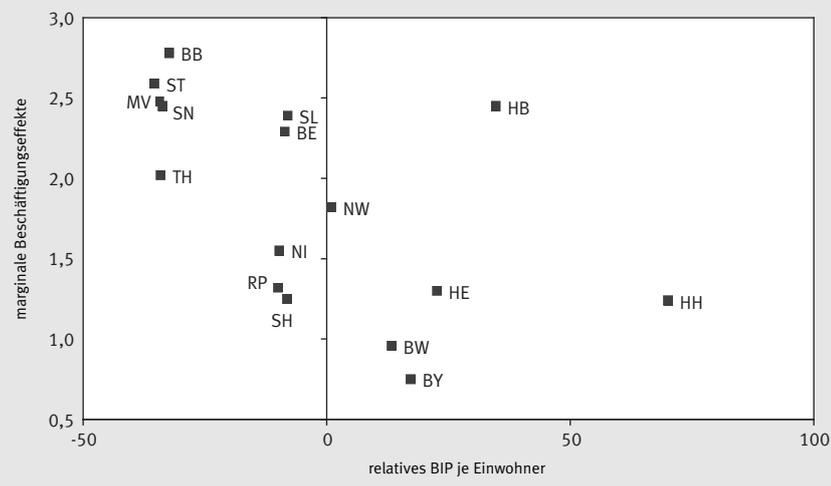
Der erste wichtige Befund des Gutachtens ist, dass die durchschnittliche Dauer der Schul- und Berufsbildung in den „reicheren“ Bundesländern im Ver-

gleich zu den „ärmeren“ Bundesländern zunimmt. Dies wird durch einen Vergleich der relativen durchschnittlichen Ausbildungszeiten der jüngeren Bevölkerung zwischen 25 und 34 Jahren mit derjenigen der regionalen Gesamtbevölkerung über 24 Jahre in einem Diagramm mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) des jeweiligen Bundeslandes deutlich: In Bundesländern mit überdurchschnittlichem BIP ist die Ausbildungszeit

Grafik 3: Bildungsrendite und regionales BIP je Einwohner, 2000



Grafik 4: Beschäftigungseffekte von Bildung und BIP je Einwohner, 2000



der jüngeren Bevölkerung relativ zum bundesdeutschen Durchschnitt höher als der Ausbildungsstand der Gesamtbevölkerung. Das Gegenteil ist für die Bundesländer mit unterdurchschnittlichem BIP der Fall (Grafik 1). Die einzigen Ausnahmen zu diesem Befund stellen die relativ wirtschaftsschwachen westlichen Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland dar: Obwohl ihr BIP unterdurchschnittlich ist, stieg dort das durchschnittliche Bildungsniveau wie in den meisten weiteren westdeutschen Bundesländern im Zeitverlauf an. In allen ostdeutschen Bundesländern sank das Bildungsniveau jedoch relativ. Sogar absolut gesehen sank das Bildungsniveau in den ostdeutschen Flächenstaaten während der neunziger Jahre oder blieb konstant, während in allen westdeutschen Bundesländern eine Bildungsexpansion zu verzeichnen ist. In der ersten Grafik werden jeweils die Abweichungen

vom bundesdeutschen Durchschnitt abgetragen, die Ausbildungszeiten werden aus den höchsten Bildungsabschlüssen der regionalen Bevölkerung auf der Basis des Mikrozensus 2000 berechnet.

Migration von Akademikern

Ein weiterer Befund ist, dass ein Teil des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften der regionalen Wirtschaft in den wirtschaftsstarken Bundesländern im Westen durch die Migration von Akademikern aus anderen Bundesländern befriedigt wird. In Bayern, Baden-Württemberg und in Hessen ist der Anteil der Universitätsabsolventen geringer als es der relative Anteil der jüngeren Bevölkerung mit Hochschulabschluss vermuten lässt (Grafik 2). Offensichtlich wird die Differenz durch die Migration hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus anderen Bundesländern gedeckt. Für Sachsen

gilt, dass die Bildungsanstrengung in den letzten Jahren offenkundig zu stark gesunken ist, um die regionale Akademikernachfrage zu befriedigen. Zudem wird deutlich, dass die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg überdurchschnittlich viele Akademiker ausbilden, während in den ostdeutschen Flächenstaaten der Anteil der Hochschulabschlüsse an allen Bildungsabschlüssen unterdurchschnittlich ist.

Arbeitsmarkt beeinflusst Bildungsrendite

Wie machen sich die Unterschiede auf den regionalen Arbeitsmärkten bei den Bildungsrenditen und den Beschäftigungschancen unterschiedlich Ausgebildeter bemerkbar? Der durchschnittliche Lohnaufschlag, der durch die Erhöhung der Schul- oder Berufsbildung um ein Jahr erzielt werden kann, ist in Bundesländern mit überdurchschnittlichem BIP deutlich höher als in „ärmeren“ Bundesländern (Grafik 3). Auf der anderen Seite sind die Beschäftigungschancen von höher Qualifizierten in den Bundesländern mit geringerem Bruttoinlandsprodukt spürbar höher, insbesondere in Ostdeutschland (Grafik 4). Da in diesen Bundesländern meist auch die Arbeitslosenquote höher ist, dient höhere Bildung hier hauptsächlich als Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. In Bundesländern mit einem geringeren Überhang von qualifizierten Arbeitskräften und einer höheren wirtschaftlichen Aktivität sehen sich die Unternehmen hingegen gezwungen, für höher Gebildete einen höheren Lohnaufschlag zu zahlen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen somit, dass sich Bildung für den Einzelnen in jedem Fall lohnt. Die Bedeutung von Bildung für die Erhöhung der Beschäftigungschance oder für höhere Löhne steht dabei im Zusammenhang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation der Region. Bedenklich ist jedoch angesichts des starken Einflusses von Bildung auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit in wirtschaftsschwachen Regionen, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung stagniert oder gar sinkt.

Andreas Ammermüller,
ammermueller@zew.de
Thomas Zwick, zwick@zew.de

Der weite Weg zum Euro für die Länder Mittel- und Osteuropas

In diesem Artikel stellt der diesjährige Gewinner des Heinz-König-Young-Scholar-Awards, der im Rahmen des ZEW Summer Workshop for Young Economists vergeben wird, seine preisgekrönte Analyse vor. Uwe Böwer, Doktorand an der Munich Graduate School of Economics, beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit sich ausgewählte neue EU-Staaten (und Kroatien und die Türkei) bereits in einem Wirtschaftsverbund mit Westeuropa befinden.

Mit der Erweiterung um zehn neue Mitglieder ist die Europäische Union im Mai 2004 in eine neue Phase tief greifender Veränderungen eingetreten. Des Weiteren verhandeln mit Bulgarien, Kroatien, Rumänien und der Türkei vier weitere Beitritts- und Kandidatenländer über eine Aufnahme in den europäischen Club. Kraft ihres Beitritts werden die neuen Mitglieder automatisch Teil der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die der Vorbereitung auf die spätere Einführung des Euro dient. In der Tat haben viele Regierungen der neuen Mitglieder ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, den Euro so schnell wie möglich einzuführen. Vor diesem politischen Hintergrund stellt sich die Frage nach dem optimalen Timing der Beitritte auch aus ökonomischer Sicht.

Den theoretischen Rahmen zur ökonomischen Untersuchung von Wäh-

rungsunionen stellt die Theorie der optimalen Währungsräume (OWR) dar. Dabei hat sich als ein zusammenfassendes „Meta-Kriterium“ die Synchronisierung der Konjunkturzyklen herausgebildet. Je ähnlicher die Konjunkturverläufe der einzelnen Länder sind, desto unwahrscheinlicher sind asymmetrische Schocks bzw. desto besser können diese durch alternative Anpassungsmechanismen aufgefangen werden. Die nachfolgende Analyse der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) widmet sich sowohl der langfristigen Trendkonvergenz als auch der kurzfristigen Synchronisierung von Konjunkturzyklen. Im Folgenden werden die Methodik und die Ergebnisse schrittweise dargestellt.

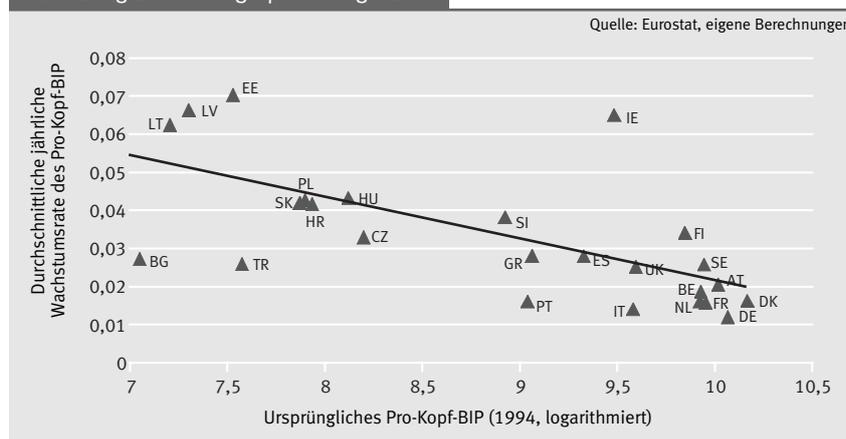
Langfristige Trendkonvergenz

Die Untersuchung der langfristigen Konvergenz ist die Grundlage für die spätere Analyse der kurzfristigen Zyklen und basiert auf dem zweifachen Konvergenzbegriff von Bernard und Durlauf (1996). Es wird unterschieden zwischen der Catching-up-Konvergenz einerseits und der Steady-state-Konvergenz andererseits. Das erstere Konzept stammt aus der empirischen Wachstumsökonomie und beschreibt den wirtschaftlichen Aufholprozess rückständiger Länder gegenüber fortgeschritteneren Volkswirtschaften. Abbildung 1 zeigt die

durchschnittlichen Wachstumsraten von 25 europäischen Ländern seit 1994 im Verhältnis zum ursprünglichen Pro-Kopf-Einkommen. Die negative Steigung der Regressionsgeraden verdeutlicht, dass die ursprünglich ärmeren Länder tatsächlich die höheren Wachstumsraten aufweisen. Dieses Ergebnis bestätigt sich in einer formalen Regressionsanalyse, in der auch einige Kontrollvariablen Anwendung finden. Insbesondere die MOEL weisen also Catching-up-Konvergenz auf.

Das zweite Konvergenzkonzept, Steady-state-Konvergenz, bezieht sich auf diejenigen Länder, die bereits ein langfristiges Wachstumsgleichgewicht (steady state) erreicht haben. Als Konvergenz versteht man in diesem Zusammenhang den Prozess der Anpassung zurück zum Gleichgewicht, der sich nach Auftreten eines ökonomischen Schocks einstellt. Ob zwei Länder in dieser Weise ähnlich auf Schocks reagieren, wird durch das so genannte Kointegrationsverfahren geprüft. Dabei werden zwei Zeitreihen untersucht, die jeweils nicht-stationär sind, d.h. nicht über konstanten Mittelwert und zeitunabhängige Varianz verfügen. Lässt sich jedoch eine Linearkombination dieser Zeitreihen finden, die stationär ist, so kann man auf gemeinsame langfristige Trends schließen. In der Untersuchung der MOEL finden mit Estland, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien und Ungarn sechs neue Mitgliedsstaaten sowie Kroatien und die Türkei als Kandidatenländer Berücksichtigung. Als Approximation für die Wirtschaftsleistung dieser Länder sowie der Eurozone dienen quartalsmäßige Indizes der Industrieproduktion für die Jahre 1994 bis 2004. Dabei wird ein spezielles saisonales Kointegrationsverfahren angewandt, welches die Saisonkomponente der verwendeten quartalsmäßigen Outputdaten berücksichtigt. Im Ergebnis zeigt sich, dass kein MOEL einen gemeinsamen langfristigen Trend mit der Eurozone aufweist.

Abbildung 1: Catching-up-Konvergenz



Synchronisierung von kurzfristigen Konjunkturzyklen

Aufbauend auf die Kointegrationsanalyse folgt die Untersuchung der kurzfristigen Wirtschaftszyklen. Ihr liegen dieselben Datenreihen in Bezug auf Länderauswahl und Zeitraum zu Grunde. Die kurzfristige Analyse ist für die Beurteilung einer Währungsunion besonders relevant, da die Politikalternativen individuelle oder gemeinsame Geldpolitik sich vor allem auf kurzfristige Schwankungen auswirken. Im Unterschied zu Studien, welche lediglich die länderübergreifende Korrelation der zyklischen Outputkomponente erfasst, verwendet die vorliegende Analyse die Methode der gemeinsamen Merkmale und Kodependenz zur Feststellung synchronisierter Konjunkturzyklen (Vahid und Engle, 1997). Dieser Ansatz basiert auf kanonischen Korrelationsmethoden und folgt einer ähnlichen Logik wie die Kointegrationsanalyse. Es werden zwei Zeitreihen kombiniert, die jeweils ein gewisses Merkmal aufweisen, z.B. Zyklen in Form von Autokorrelation. Wenn eine Linearkombination beider Reihen das Merkmal nicht mehr aufweist, so kann daraus geschlossen werden, dass es sich um ein gemeinsames Merkmal (common feature) beider Zeitreihen handelt, welches durch Subtraktion eliminiert wurde. Als „relevante Vergangenheit“ der Autokorrelation gelten dabei nicht nur die verzögerten Differenzen, sondern auch die verzögerten Fehlerkorrekturterme der vorangegangenen Kointegrationsanalyse. Tabelle 1 macht deutlich, dass unter den analysierten MOEL lediglich für Slowenien die Existenz solcher gemeinsamer Merkmale mit der Eurozone nachgewiesen werden kann. Sloweniens Konjunkturzyklus kann also als synchronisiert mit der Eurozone gelten, während die übrigen Länder keine „synchronisierten gemeinsamen Zyklen“ aufweisen.

Ergänzend werden die übrigen Länder der Kodependenz-Analyse unterzogen. Diese stellt eine verallgemeinerte Form der Methode der gemeinsamen Merkmale dar und erlaubt gewisse Verzögerungen in der Anpassung der Wirtschaftszyklen. Damit lässt sich feststellen, ob ein MOEL, das zwar kein gemeinsames Merkmal mit der Eurozone in der

Tabelle 1: Trendkonvergenz und Synchronisierung von Konjunkturzyklen der MOEL gegenüber der Eurozone, 1994-2004

Land	Langfristige Trendkonvergenz (Kointegration)	Synchronisierte gemeinsame Konjunkturzyklen (gemeinsame Merkmale)	Nicht synchronisierte gemeinsame Zyklen (Kodependenz)
Estland	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	2. Grades
Kroatien	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden
Polen	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden
Slowakei	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	1. Grades
Slowenien	Nicht vorhanden	Vorhanden	--
Tschechische Republik	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	1. Grades
Türkei	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden
Ungarn	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden	1. Grades

selben Zeitperiode aufweist, diese Gemeinsamkeit womöglich erst nach einigen Perioden Verzögerung entwickelt. Es zeigt sich, dass die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn Kodependenz ersten Grades aufweisen, d.h. ihre Wirtschaftszyklen passen sich mit einem Quartal Verzögerung an den Euro-Zyklus an (siehe Tabelle 1). Estland reagiert erst nach zwei Quartalen. Diese Länder haben im Ergebnis „nicht-synchronisierte gemeinsame Zyklen“ mit der Eurozone. Die Ursache für solche Verzögerungen kann in Unvollkommenheiten beim Transmissionsmechanismus von makroökonomischen Schocks, beispielsweise im Finanzsektor, liegen. Für Kroatien, Polen und die Türkei lassen sich dagegen weder gemeinsame Merkmale noch Kodependenz nachweisen. Offenbar unterscheiden sich die Konjunkturverläufe dieser Länder grundlegend von jenen der Eurozone. Im Fall Kroatiens und der Türkei ist dies nicht überraschend, da beide Länder erst am Anfang der EU-Beitrittsgespräche stehen. Das Ergebnis Polens mag dagegen der relativen Größe des Landes gegenüber den anderen MOEL geschuldet sein, denn größere Länder sind tendenziell weniger integriert als kleinere, anpassungsfähigere Volkswirtschaften. Hinzu kommt, dass Polens Wirtschaft stärker als andere von der Landwirtschaft geprägt ist. Diese wird jedoch vom verwendeten Industrieproduktionsdatensatz nicht berücksichtigt.

Fazit

Insgesamt muss die realwirtschaftliche Integration der betrachteten neuen EU-Mitgliedsstaaten und Kandidatenländer mit der Eurozone noch als unvoll-

endet gelten. Die Analyse der langfristigen Trendkonvergenz erbringt für die MOEL durchweg negative Ergebnisse. Die für die gemeinsame Geldpolitik wichtige Synchronisierung der kurzfristigen Konjunkturzyklen erfüllt derzeit nur Slowenien. Während die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn die Zwischenform der „nicht-synchronisierten gemeinsamen Zyklen“ aufweisen, kann für Kroatien, Polen und die Türkei keinerlei Gemeinsamkeit der Konjunkturverläufe mit der Eurozone festgestellt werden.

Selbstverständlich unterliegt jedoch auch diese empirische Untersuchung einigen Einschränkungen. Zum einen leidet die Zeitreihenanalyse mit Daten der MOEL immer unter relativ kurzen und teilweise unzuverlässigen Datenreihen. Zum anderen ist der klassische OWR-Ansatz nicht unumstritten. Einige Forscher betonen mögliche endogene Aspekte der OWR-Kriterien und stellen heraus, dass bereits die Einführung einer gemeinsamen Währung an sich einen erheblichen Synchronisierungsschub bewirken könnte (De Grauwe und Mongelli 2005). Im Licht dieser Argumente wird der weitere Forschungsbedarf deutlich. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich jedoch festhalten, dass die MOEL auf ihrem Weg zum Euro noch ein gutes Stück zurück zu legen haben.

*Uwe Böwer,
uwe.boewer@lrz.uni-muenchen.de*

Literaturangaben

- o Bernard, A. und S. Durlauf (1996). Interpreting tests of the convergence hypothesis. *Journal of Econometrics* 71(1): 161-173.
- o De Grauwe, P. und F. Mongelli (2005). Endogeneities of optimum currency areas. ECB Working Paper 468, European Central Bank.
- o Vahid, F. und R. Engle (1997). Codependent cycles. *Journal of Econometrics* 80 (2): 199-221.

Von einer Ölpreiserhöhung zu einem dauerhaftem Inflationsdruck?

Die jüngsten Ölpreissteigerungen könnten sich dauerhaft auf die Inflationsrate auswirken. Sollte dies der Fall sein, entstünde zusätzlicher Handlungsbedarf für die Europäische Zentralbank (EZB). Der folgende Artikel soll daher die Mechanismen zwischen dem Ölpreis und der allgemeinen sowie der Kerninflationsrate beleuchten.

Vom Anstieg der Preise für Rohöl gehen sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf die Inflationsrate einer Volkswirtschaft aus. Wenn die Inflation auf der Basis des Konsumentenpreisindex gemessen wird, dann ist ein Einfluss über die auf Rohöl basierenden Produkte wie Benzin zu erwarten. Die Stärke des unmittelbaren Einflusses der Ölpreise ist vor allem vom Anteil ölbasierter Produkte im Warenkorb abhängig. Für die indirekten Effekte – die so genannten „Zweitundeneffekte“ – spielt jedoch die Transmission des Ölpreises in die Preise von nicht direkt energiebezogenen Gütern und Dienstleistungen und in die Löhne eine entscheidende Rolle. Maßgeblich dafür sind vor allem die Preissetzungsspielräume der Unternehmen und die Ergebnisse der Lohnverhandlungen. In den Lohnverhandlungen wird bestimmt, inwieweit sich ölpreisbedingte Steigerungen der Inflationsrate in Lohnerhöhungen niederschlagen. Die Wettbewerbssituation der Unternehmen wiederum legt fest, inwieweit diese Kostensteigerungen über weitere Preissteigerungen an die Kunden weitergegeben werden.

Neben dem Einfluss auf die Inflationsrate erhöhen steigende Ölpreise auch direkt die Kosten der Unternehmen, was sich unter sonst gleichen Bedingungen negativ auf die Produktion und damit die Konjunktur auswirken wird. In diesem Sinn werden die Ölpreisveränderungen als Angebotsschock interpretiert, der ten-

denziell zu steigenden Preisen und sinkender Produktion führt. Bei angebotsseitigen Störungen muss sich die Geldpolitik dann zwischen einer Stabilisierung der Produktion und einer Stabilisierung der Inflation entscheiden.

Da das Ziel der Geldpolitik die Stabilisierung der Inflationsrate über die mittlere Sicht ist, stellen nur vorübergehende Erhöhungen der Inflationsrate keinen Handlungsbedarf dar. Entscheidend für die längerfristigen Auswirkungen von Ölpreisschocks ist daher die Reaktion der Inflationserwartungen, die sich auf die Kerninflation auswirken können.

Aktuelle Situation im Euroraum

In den Jahren 2004 und 2005 wurde der Euroraum wiederholt mit Ölpreisschocks konfrontiert. Dies schlug sich in der Inflationsrate (gemessen am HVPI) in vorübergehenden Erhöhungen nieder, es war jedoch kein anhaltender Anstieg der Inflationsrate zu beobachten. Die Kerninflationsrate ohne Energie sank in diesem Zeitraum sogar von 2,0 vH auf 1,5 vH.

Damit hat die Energiepreissteigerung eine deutliche Verschiebung der relativen Preise zwischen Energie und den restlichen Komponenten des Verbraucherpreisindex nach sich gezogen. Dies legt nahe, dass die privaten Verbraucher die Erhöhung der Energiepreise als eine Steuer auf dieses Gut betrachtet haben, die sie durch eine Zurückhaltung des

Konsums anderer Güter ausgleichen müssen. Der alternative Mechanismus, bei dem die Arbeitnehmer einen Lohnausgleich fordern und der letztendlich in einer Lohn-Preis-Spirale mündet, ist damit nicht eingetreten. Die Gründe hierfür sind im Wesentlichen am Arbeitsmarkt zu suchen. Relativ hohe Arbeitslosenquoten, Restrukturierungsmaßnahmen der Unternehmen und der zunehmende Lohnwettbewerb durch die Globalisierung und die Integration osteuropäischer Länder haben den Druck auf die Arbeitnehmer verstärkt und zu Zurückhaltung bei Lohnverhandlungen geführt. Außerdem sind die Unternehmen seit den 70-er Jahren wesentlich effizienter in ihrem Umgang mit Energie geworden, so dass Ölpreissteigerungen besser verkraftet werden und nicht unmittelbar zu Preiserhöhungen führen müssen. Werden die Inflationserwartungen im Euroraum betrachtet, so zeigt sich, dass zwar eine kurzfristig höhere Gesamtinflation in 2005 erwartet wird, dass der Inflationsdruck in den darauf folgenden Jahren jedoch wieder abnehmen soll. Die EZB hatte somit bisher keinen Grund, ihre expansive Geldpolitik ölpreisbedingt aufzugeben. Eine akute Gefahr für die Kerninflationsrate, die mittelfristig Handlungsbedarf für die EZB signalisieren könnte, scheint nach den obigen Ausführungen nicht zu bestehen. Trotzdem erfordert die Tatsache, dass der Ölpreis nun dauerhaft auf einem deutlich höheren Niveau zu verharren scheint, eine erhöhte Wachsamkeit hinsichtlich der Inflationsgefahren.

*Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de
Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de*

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident)

Redaktion: Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Dr. Friedrich Heinemann, Telefon 0621/1235-149, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: heinemann@zew.de
Dr. Katrin Ullrich, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: ullrich@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2005